

Mehr Vertrauen bitte! Wie aus Sicht der Unternehmen Bürokratie abgebaut werden kann

Siegrun Brink, Annette Icks
Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn



Impressum

Herausgeber

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstr. 20, 53111 Bonn
Telefon +49/(0)228/72997-0
Telefax +49/(0)228/72997-34

Verfasser: Dr. Siegrun Brink, Dr. Annette Icks

Öffentlichkeitsarbeit: Dr. Jutta Gröschl

Gestaltung: Saskia Heim

Bonn, März 2024

**Weiterführende Informationen
finden Sie unter:**

www.ifm-bonn.org

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Über die Studie	7
Unternehmerinnen und Unternehmer fordern mehr Vertrauen ein	8
Besonders stark belastete Unternehmen wünschen sich Vertrauen	10
Erfahrungen beeinflussen Vorschläge zum Bürokratieabbau	12
TOP 1: Kontrolle reduzieren, Vertrauenskultur stärken	14
TOP 2: Vereinfachen und beschleunigen – vor allem im Bau- und Steuerrecht!	16
TOP 3: Wissen der Unternehmen im Gesetzgebungsprozess nutzen	18
Paradigmenwechsel beim Bürokratieabbau erforderlich	20

Vorwort

Immer häufiger fühlen sich Unternehmen nicht mehr in der Lage, alle bestehenden bürokratischen Vorgaben seitens des Staates – aber auch von Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, Normungsinstituten oder innerhalb von Wertschöpfungsketten – umzusetzen. In jedem viertem Unternehmen findet "autonomer Bürokratieabbau" statt, das heißt, einzelne bürokratische Erfordernisse werden nicht mehr erfüllt. Die Gründe für die Bürokratieverdrossenheit: Ressourcenknappheiten – besonders in kleineren Unternehmen – mangelnde Praxistauglichkeit, fehlende Verhältnismäßigkeit der betreffenden Vorschriften, zu hohe Kontrollintensität/Regulierungsdichte.

Zweifellos ist Bürokratieabbau eine hochkomplexe Aufgabe, die keine schnellen dauerhaften Lösungen verspricht. Gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern lässt sich jedoch ein kontinuierlicher Prozess starten, der immer wieder an die wechselnden Umweltbedingungen angepasst und optimiert werden kann.



Prof. Dr. Dr. h. c. Friederike Welter
Präsidentin des IfM Bonn,
Professorin an der Universität Siegen



Über die Studie

Bürokratie sichert die Funktionsfähigkeit von hochkomplexen Volkswirtschaften und Gesellschaften und hat damit – ohne Zweifel – ihre Daseinsberechtigung. Gleichzeitig kann Bürokratie aber auch zur Belastung für Unternehmen werden, ihre Handlungsfreiheit einschränken und in der Folge ihre Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit maßgeblich beeinflussen.¹ Wissenschaftliche Studien zeigten in der Vergangenheit bereits, dass ein "optimales" Maß an Bürokratie, welches die Funktionsfähigkeit eines Staates ermöglicht und gleichzeitig Unternehmen nicht übermäßig belastet, mittlerweile überschritten ist.² Was kann man jedoch tun, um Bürokratie abzubauen?

Eingebettet in das Projekt "Analyse zur Bürokratiebelastung in Deutschland – Wie kann ein spürbarer Bürokratieabbau erreicht werden?", welches das IfM

Bonn im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) durchführte, widmen wir uns hier den konkreten Vorschlägen der Unternehmerinnen und Unternehmer, wie der Bürokratieabbau in Deutschland vorangetrieben werden kann.

Wir danken allen Unternehmensvertreterinnen und -vertretern für ihre Bereitschaft, an der Umfrage teilzunehmen. Insgesamt haben 843 Unternehmen über 1.516 Vorschläge gemacht und Themen benannt, wie die bürokratische Last ihrer Unternehmen reduziert werden könnte.

¹ Vgl. Holz, M.; Icks, A.; Nielen, S. (2023): Analyse zur Bürokratiebelastung in Deutschland – Wie kann ein spürbarer Bürokratieabbau erreicht werden?, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Bonn.

² Siehe bspw. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2023/Wachstumshemmnisse_Mittelstand_Ostdeutschland.pdf.

Unternehmerinnen und Unternehmer fordern mehr Vertrauen ein

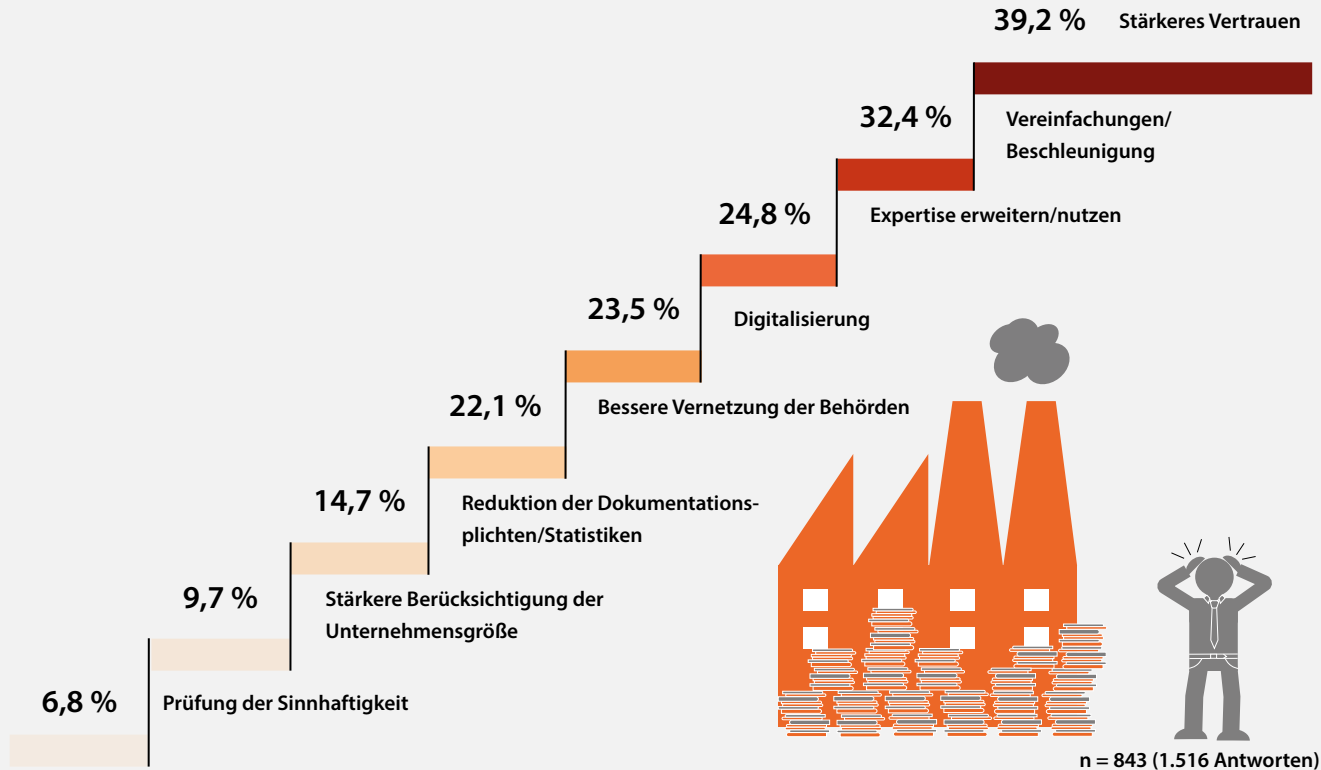
Eine wesentliche Maßnahme, bürokratische Verpflichtungen zu reduzieren, liegt in einer vertrauensvolleren Basis: Aktuell sehen vier von zehn Unternehmen die Mündigkeit und die Eigenverantwortung der Unternehmen durch zu viel Kontrolle konterkariert. Besonders häufig geben dies kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und Unternehmen des Produzierenden Gewerbes an. Explizit danach gefragt, wie Unternehmerinnen und Unternehmer das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Kontrolle durch erlassene Rechtsvorschriften und des Vertrauens bzw. unternehmerische Eigenverantwortung einschätzen, fühlen sich 80 % eher kontrolliert.³

Fast ein Drittel der Unternehmen plädiert für die Vereinfachung von Vorschriften und Gesetzen, um eine spürbare Entlastung für die Unternehmen

und insbesondere eine Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. Besonders häufig fordern dies Dienstleistungsunternehmen. Rund ein Viertel der Unternehmen verweisen auf die Expertise von Unternehmerinnen und Unternehmer, die in Gesetzgebungsprozesse einfließen und besser genutzt werden sollte. Auf diese Weise könnte es besser gelingen, Vorschriften an die Unternehmensrealitäten auszurichten. Genauso wichtig ist das Thema "Digitalisierung", von der sich jeder vierte Unternehmer ein Impuls für den Bürokratieabbau erhofft.

³ Vgl. Holz, M.; Icks, A.; Nielen, S. (2023): Analyse zur Bürokratiebelastung in Deutschland – Wie kann ein spürbarer Bürokratieabbau erreicht werden?, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Bonn.

Maßnahmen zum Bürokratieabbau aus Sicht der Unternehmen



Quelle: IfM Bonn 2023, eigene Darstellung.

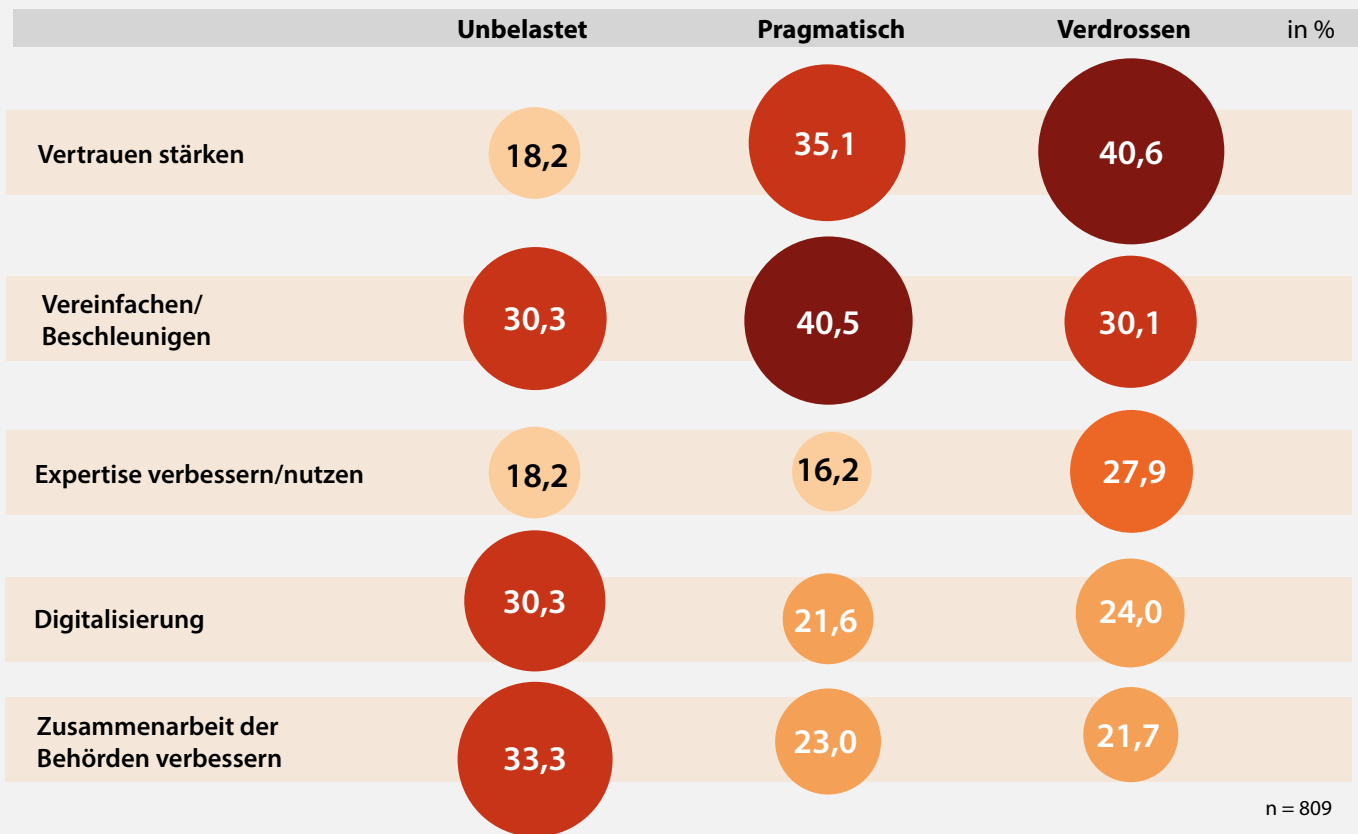
Abbildung 1

Besonders stark belastete Unternehmen wünschen sich Vertrauen

Das Thema "Vertrauen" spielt vor allem für Unternehmen eine Rolle, die als "Verdrossene" bezeichnet werden. Hierzu zählen Unternehmen, die sich übermäßig stark durch Bürokratie belastet fühlen und den Aufwand als unverhältnismäßig hoch einschätzen. Entsprechend sehen diese Unternehmen Bürokratie als sehr negativ an und verbinden eine starke Emotionalität mit dem Thema.⁴ Vier von zehn der als verdrossen einzuschätzenden Unternehmen plädieren für mehr Vertrauen von politischer Seite und weniger Kontrolle durch immer mehr bürokratische Erfordernisse, um wirkungsvoll Bürokratie abzubauen.

Die sogenannten unbelasteten Unternehmen, die die Bürokratiebelastung im Allgemeinen eher als gering bzw. vertretbar einschätzen und Bürokratie eher sachbezogen beurteilen, benennen hingegen einen besseren Austausch und eine effektivere Zusammenarbeit zwischen den Behörden als wichtigste Maßnahme, um Bürokratie abzubauen.

⁴ Zu den Wahrnehmungstypen siehe Holz et al. (2023, S. 44f).



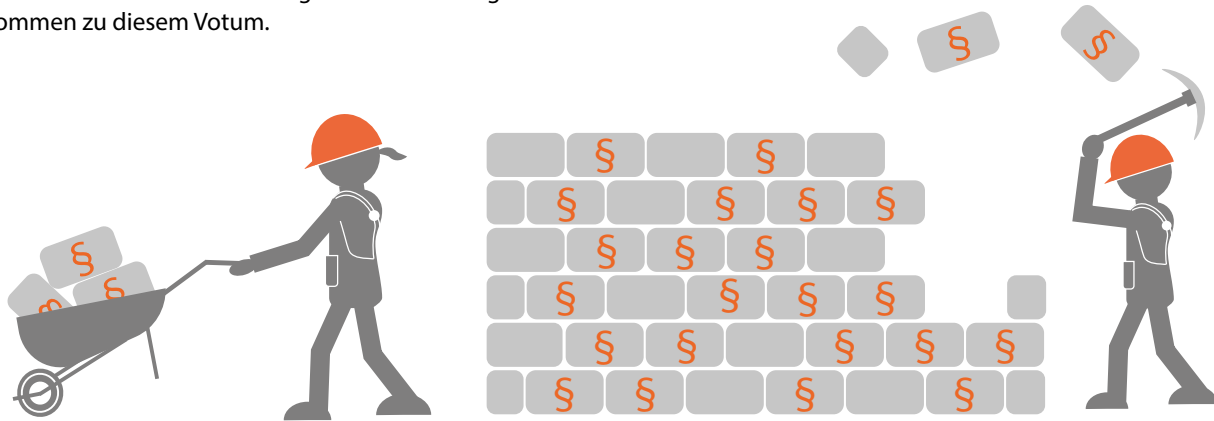
Quelle: IfM Bonn 2023, eigene Darstellung.

Abbildung 2

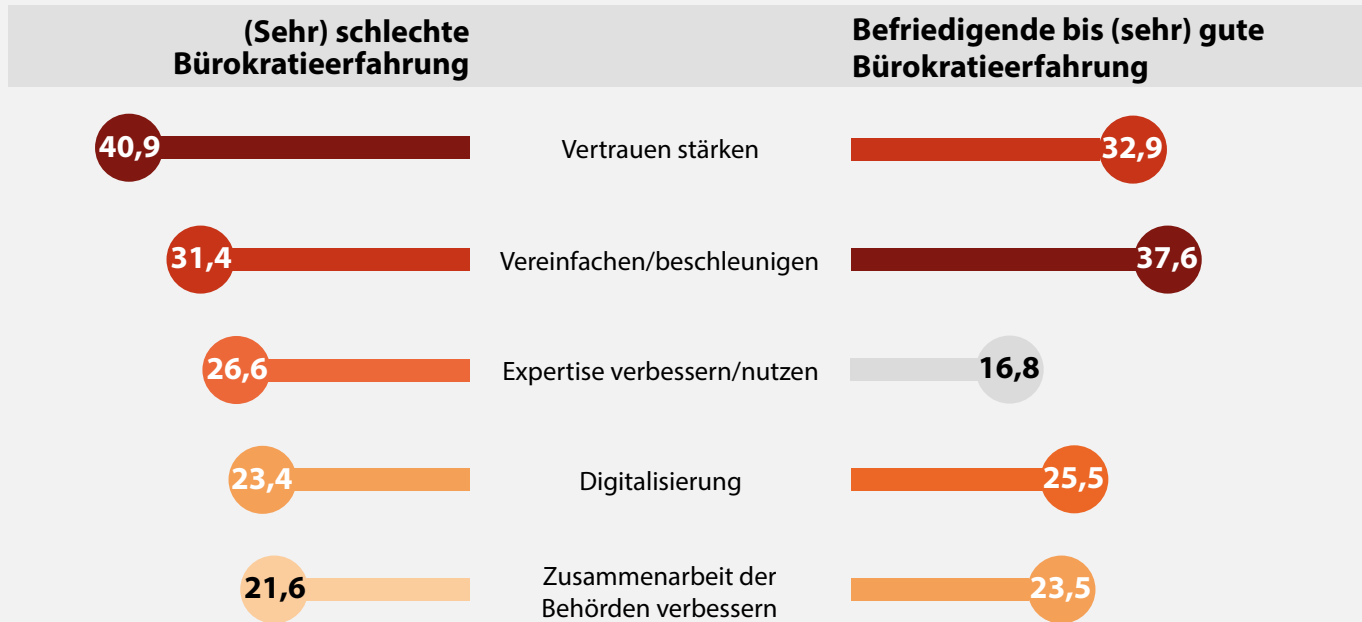
Erfahrungen beeinflussen Vorschläge zum Bürokratieabbau

Die Erfahrungen, die Unternehmerinnen und Unternehmer mit bürokratischen Vorgaben machen, wirken sich auf ihre Meinung zu möglichen Bürokratieabbaumaßnahmen aus: Sind diese Erfahrungen vorwiegend (sehr) schlecht, fordern sie mehr Vertrauen statt Kontrolle. Vier von zehn Unternehmen mit negativen Erfahrungen kommen zu diesem Votum.

Blicken die Unternehmerinnen und Unternehmer hingegen auf befriedigende bis sehr gute Erfahrungen im Umgang mit Bürokratie, steht für die Unternehmen eine einfachere Gestaltung von Vorschriften und schnellere Verfahren an erster Stelle.



in %



n = 834

Quelle: IfM Bonn 2023, eigene Darstellung.

Abbildung 3

TOP 1: Kontrolle reduzieren, Vertrauenskultur stärken

Viele Unternehmen sehen sich übermäßig vom Gesetzgeber kontrolliert und wünschen sich mehr Vertrauen und Gestaltungsfreiräume. Ihrer Ansicht nach sollte Regulierung weniger nach dem herkömmlichen "command and control"-Ansatz umgesetzt werden. Stattdessen sollte ihnen der Gesetzgeber mehr Freiheitsgrade bei der Erfüllung von bürokratischen Pflichten einräumen ("enable and motivate"-Ansatz). Wenn Unternehmen – intrinsisch motiviert und mit entsprechendem (Vertrauens-) Spielraum ausgestattet – wichtige Schutzziele wie Klima-, Arbeits- oder Datenschutz verfolgen, kann dies nicht nur effektiver umgesetzt werden, sondern zugleich auch Bürokratie abbauen.

Dabei sollten Behörden und Unternehmen gemeinsame Anstrengungen vornehmen, um bürokratische Vorgaben partnerschaftlich und im vertrauensvollen Informations- und Erfahrungsaustausch umzusetzen. Unabhängig davon müssen sogenannte "schwarze Schafe" jedoch weiter entsprechend sanktioniert werden.

”

Den Unternehmen vertrauen und ihnen mehr Handlungsspielräume geben.“

”

Wirtschaftspolitik [sollte] mehr in Anreizen statt in Verboten und Regeln denken.“

”

Mehr auf Eigeninitiativen der Unternehmen setzen und nicht für alle Dinge Regularien schaffen...”

”

Mehr Vertrauen den Unternehmern entgegenbringen, dadurch würden viele Kontrollen und Prüfungen entfallen.“

”

Umwandlung der Misstrauenskultur in eine Vertrauenskultur.“



Quelle: IfM Bonn 2023, eigene Darstellung.

Abbildung 4

TOP 2: Vereinfachen und beschleunigen – vor allem im Bau- und Steuerrecht!

Ein Drittel der Unternehmen, die Vorschläge dazu machen, wie aus ihrer Sicht Bürokratie spürbar abgebaut werden kann, sehen einen wesentlichen Schritt in der einfacheren Gestaltung von Vorschriften und in der schnelleren Bearbeitung durch die Behörden. Vor allem die Sonderregelungen, die in vielen Bereichen gelten, erhöhen aus Sicht der Unternehmen unnötig die Komplexität von Gesetzen und Verordnungen und erschweren ihre Umsetzung. Einfachere und verständliche Formulierungen und Strukturen würden Unternehmen spürbar entlasten.

Potenziale sehen die Unternehmen dabei vor allem in Einzelthemen wie der Neugestaltung des Steuerrechts und der Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren. Auch die Gestaltung des Datenschutzes in Gestalt der DSGVO sowie das Lieferkettengesetz werden von den Unternehmen explizit im Zusammenhang mit der notwendigen Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren genannt.

„
Vereinfachung der Anträge mit sofortiger
Bearbeitung und nicht erst nach Monaten.“

„
Datenschutz ist sinnvoll, aber in der heutigen Ausprägung
eine reine Zeitvernichtungsmaschine.“

„
Gesetze kürzer, prägnanter, einfacher, sich auf Wesentliches
beschränken und nicht dem Detailwahn verfallen; Mut zur
Lücke bei Nebensächlichkeiten.“

„
Anträge sollten besser, schneller und einfacher
werden und auch schneller bearbeitet werden!“

„
Detailtiefe von Vorschriften reduzieren. Gesetzestexte mit
mehreren hundert Seiten sind sehr schwer zu verarbeiten.“

„
Erleichterung im Genehmigungsprozess bzgl. des
Baus von unternehmerisch genutzten Gebäuden.“

„
Rechtssicherheit durch einfache, logische
Regeln, vor allem im Steuerrecht!“



Quelle: IfM Bonn 2023, eigene Darstellung.

Abbildung 5

TOP 3: Wissen der Unternehmen im Gesetzgebungsprozess nutzen

Die Unternehmen bemängeln insbesondere die Praxistauglichkeit und die fehlende Realitätsnähe von Regularien. Sie fordern die Politik explizit zum Dialog auf, um gemeinsam die Folgen neuer Verordnungen und Gesetze abzuschätzen. Aber auch die Verwaltungen sehen die Unternehmen in der Pflicht, ihre Expertise auszuweiten und permanent weiterzuentwickeln.

Trotz des hohen Bürokratieverdrusses ist die Mehrzahl der Unternehmerinnen und Unternehmer bereit, sich mit ihrer Expertise einzubringen. Das gilt insbesondere für größere Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und jene Unternehmen, die negative Erfahrungen im Umgang mit bürokratischen Erfordernissen gemacht haben.

”

Gesetze auf Praxistauglichkeit und Realitätsnähe prüfen. Folgenabschätzung durchführen.“

”

Stärker in den Dialog mit Akteuren im betreffenden Wirtschaftsbereich gehen, bevor neue Regularien entworfen und umgesetzt werden.“

”

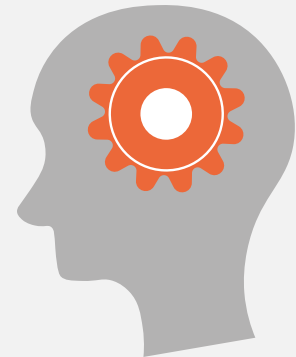
Alle Verordnungen und Gesetze mit Fachkräften aus der Wirtschaft überarbeiten.“

”

Für ausreichend qualifiziertes Personal bei den Behörden sorgen...“

”

Jeder Wirtschaftspolitiker sollte mal ein Praktikum in einem Betrieb machen!“



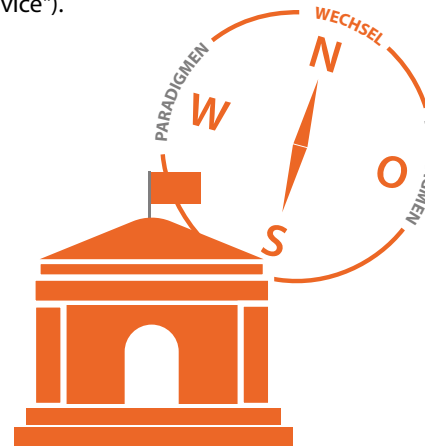
Quelle: IfM Bonn 2023, eigene Darstellung.

Abbildung 6

Paradigmenwechsel beim Bürokratieabbau erforderlich

Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Unternehmerinnen und Unternehmer zum Bürokratieabbau liefern wesentliche Hinweise für die Gesetzgeber: Regulierung sollte weniger als Kontrollinstrument zur Erreichung bestimmter politisch intendierter Ziele eingesetzt werden. Stattdessen sollte den Unternehmen ein größerer Handlungsspielraum in der Umsetzung bestimmter Regulierungen gewährt werden. Gleichzeitig sollten die bürokratischen Pflichten praxistauglicher und realitätsnäher gestaltet werden. Dies kann gelingen, wenn die Unternehmen mit ihrer Praxiserfahrung stärker in den Rechtsetzungsprozess einbezogen werden.

Insgesamt scheint jedoch ein grundlegendes Umdenken seitens der Politik erforderlich zu sein: Regulierungen sollten als ein wesentliches Element der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und als ein wichtiger Standortfaktor betrachtet werden, die die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Unternehmen ermöglichen ("regulation as a service").



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



www.ifm-bonn.org